Formular Nutzungserklärung A1



An den/die Für unser Land!
Bürgermeister/in
der Gemeinde

Nutzungserklärung gemäß § 13d Abs. 1 Grundverkehrsgesetz 2001 für den rechtsgeschäftlichen Erwerb durch natürliche Personen

			0.00					
I. Angaben zu dem/der/den Rechtserwerber/in/nen:								
Red	Rechtserwerber/in							
1	Name, Vorname(n)							
2	Geburtsdatum	Staatsangehörigkeit						
3	Anschrift des Wohnsitzes							
4	Angaben zu Vertreter/in wegen Beschränkung der Geschäft	sfähigkeit auf Beiblatt: □ NEIN						
Red	chtserwerber/in (nur ausfüllen im Falle eines/r zw	veiten Rechtserwerbers/in)						
5	Name, Vorname(n)							
6	Geburtsdatum	Staatsangehörigkeit						
7	Anschrift des Wohnsitzes							
8	Angaben zu Vertreter/in wegen Beschränkung der Geschäft							
	□ JA	□ NEIN						
We	itere/r Rechtserwerber/in/nen							
9	Weitere/r Rechtserwerber/in/nen auf Beiblatt:	□ JA	□ NEIN					
II. Angaben zu dem Rechtsgeschäft:								
	Bezeichnung des Rechtsgeschäfts (zB Kaufvertrag, Schenk	ungsvertrag, Stiftungserklärung, etc.)	samt Datum					
10								

	<u> </u>			
10	Bezeichnung des Rechtsgeschäfts (zB Ka	aufvertrag, Schenkungs	vertrag, Stiftungserklärung, etc.) samt Datum	
11	Art des erworbenen Rechts gem. § 13c Al	bs. 1 Grundverkehrsges	etz 2001	
12	Weitere Angaben auf Beiblatt:	□ JA	□ NEIN	

III. Angaben zu den Baugrundstücken, Gebäuden oder Teilen davon auf Baugrundstücken, die den Gegenstand des Rechtserwerbs bilden: Grundstücksnummer(n), Einlagezahl(en), Katastralgemeinde(n) samt Grundbuchsnummer bzw. anderer Erfassungsort (zB Gericht der Urkundenhinterlegung) 13 bei bebauten Grundstücken zusätzlich Angabe von Anschrift/en, gegebenenfalls nähere Bezeichnung/en (zB TOP-14 Vorlage einer planlichen Darstellung gem. § 13c Abs. 5 Z. 5 Grundverkehrsgesetz 2001: 15 □ JA Weitere Angaben auf Beiblatt: □ JA □ NEIN Die oben stehenden sowie auf Beiblättern gemachten Angaben sind richtig und vollständig. Ich/Wir erkläre/n, dass der/die Rechtserwerber/in/nen das Grundstück bzw. das Gebäude oder Teile davon nicht selbst entgegen den jeweils geltenden raumordnungsrechtlichen Bestimmungen als Zweitwohnung nutzen wird/werden und nicht entgegen den jeweils geltenden raumordnungsrechtlichen Bestimmungen durch Dritte (im Fall von juristischen Personen oder Personengesellschaften insbesondere auch nicht durch Vertretungsorgane, Gesellschafter oder Mitglieder) als Zweitwohnung nutzen lassen wird/werden. Ich/Wir nehme/n zur Kenntnis, dass das erklärungswidrige Nutzen bzw. Nutzenlassen als Zweitwohnung eine **Verwaltungsübertretung** darstellt, die mit Geldstrafe bis 25.000 € bedroht ist (§ 78 Salzburger Raumordnungsgesetz 2009), und bis zur gerichtlichen Zwangsversteigerung des unzulässig als Zweitwohnung benutzten Objekts führen kann (§ 32b Abs. 4 Grundverkehrsgesetz 2001).

Ort, Datum

Unterschrift/en